

perspektiven

Rundbrief der LOBBI Ausgabe 1 / Frühjahr 2008

Gewalt in den „Frontstädten“ - Neonaziangriffe in Rostock und Wismar **Rechter Schläger scheitert mit Berufung**
- Schweriner Landgericht bestätigt Haftstrafe Rassistische Motive ausgeblendet - Juristisches Nachspiel der Ausschreitungen von Bützow **Nicht mehr auf der Tagesordnung** - Bundesinitiative zur Strafverschärfung Kaderschmiede Kinderstube - die HDJ in Mecklenburg-Vorpommern **Feindbild Alternative Jugendkultur** - Diffamierungsstrategie von **NPD und Kameradschaften**



LOBBI

Landesweite Opferberatung
Beistand und Information
für Betroffene rechter Gewalt
in Mecklenburg-Vorpommern

Liebe Leserin,
lieber Leser,

der Begriff der PERSPEKTIVEN hat in der Arbeit der LOBBI zwei wichtige Bedeutungen. Im Sinne von Zukunftsaussichten wollen die Beraterinnen und Berater gemeinsam mit den Betroffenen mutmachende PERSPEKTIVEN nach rechten Gewalttaten entwickeln. Im Sinne von Blickwinkeln fördert der Verein die Wahrnehmung von OpferPERSPEKTIVEN in der öffentlichen Auseinandersetzung um rassistische, antisemitische und nationalsozialistische Einstellungen und Strukturen. Diesen Aufgaben ist auch dieses Heft verpflichtet. Künftig viermal im Jahr wollen wir auf diesem Wege informieren und sensibilisieren – aber auch Diskussionen anregen.

In der Neugestaltung von Programmen auf Bundes- und Landesebene des vergangenen Jahres ist es gelungen, die Unterstützung und Beratung von Betroffenen rechter Gewalt als unabdingbare Aufgabe zu verankern. Das ist ein wichtiger Erfolg! Für die LOBBI kann dies allerdings einen Pyrrussieg bedeuten. Das Arbeitszeitbudget des Vereins wurde praktisch um die Hälfte gekürzt. Bei nur noch vier Beratern und Beraterinnen auf Teilzeit geht es also auch um die PERSPEKTIVEN eines landesweiten professionellen Beratungs- und Interventionsangebots in Mecklenburg-Vorpommern. Und so informieren wir durch dieses Medium auch über unsere Arbeit und hoffen damit neue Unterstützer und Unterstützerinnen zu gewinnen.

Haftstrafe für rechten Schläger bestätigt

Das Landgericht Schwerin bestätigte am 3. Februar die einjährige Freiheitsstrafe für den 23-jährigen Maik R. wegen gefährlicher Körperverletzung. Das Amtsgericht Wismar sah es bereits im September 2007 als erwiesen an, dass der vorbestrafte Rechte am 1. März 2007 einen sudanesischen Studenten rassistisch beschimpft und angegriffen hatte. Zu diesem Zeitpunkt befand er sich auf Hafturlaub.

In den Abendstunden des 1. März 2007 traf der Informatikstudent Osman H. in einem Wismarer Neubaugebiet auf drei Personen, die er ihrem Äußeren nach der rechten Szene zuordnete. Der Student wollte umdrehen, doch Maik R. versperrte ihm den Weg und beschimpfte ihn mit den Worten: „Neger, was willst du hier? Hau ab nach Afrika!“. Erneut versuchte Osman H. einer Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen und drehte sich weg. In diesem Moment warf der Rechte mit einer Bierflasche nach ihm und verletzte ihn an der Schulter.

Im Prozess am Amtsgericht Wismar trat der Betroffene als Nebenkläger auf. Neben seiner Anwältin fanden auch Richter und Staatsanwaltschaft außergewöhnlich klare Worte. Die Tat sei eindeutig rassistisch motiviert gewesen und beeinträchtige das Sicherheitsgefühl von Menschen mit dunkler Hautfarbe in Wismar nachhaltig. Eine derart deutliche Berücksichtigung der Situation von Betroffenen rassistischer Gewalt ist an den Gerichten Mecklenburg-Vorpommerns leider noch nicht selbstverständlich. Da der Angeklagte Berufung einlegte, kam es am 3. Februar 2008 zur erneuten Hauptverhandlung vor dem Schweriner Landgericht. Dort wurde das Urteil nachdrücklich bestätigt.

Osman H. begrüßt die Entscheidung, merkte gegenüber LOBBI-MitarbeiterInnen jedoch an, dass es in Wismar viele ausländische Studierende gäbe, die sich bis heute nicht angstfrei in der Stadt bewegen können. ■

Rassistische Motive ausgeblendet

Am 3. März 2008 wurden vor dem Güstrower Amtsgericht vier Angeklagte wegen gemeinschaftlichen Landfriedensbruchs zu Haft- und Bewährungsstrafen verurteilt. Zwei Täter kamen mit Verwarnungen davon. Die stadtbekanntesten Rechten hatten Ende August 2007 während der Bützower Gänsemarkttag in einem randalierenden Mob Stände aufgebrochen, einen Döner-Imbiss angegriffen und einen Türken geschlagen.

Der pakistanische Imbissbesitzer fürchtet um das Leben seiner Familie, als in seinem Haus Jalousien und Scheiben eingetreten werden. „Da ist der Türke. Den holen wir uns.“ hört er aus der schreienden Menge. Auch der türkische Betreiber eines Getränkestandes hat Todesangst, als ihn mehrere Randalierer mit Flaschen bewerfen und dann auf ihn einschlagen. Unter den Folgen der Tat leidet er noch heute. Während in der Öffentlichkeit die rassistischen Motive der Eskalation nicht mehr in Frage gestellt werden, schlossen Staatsanwaltschaft und Gericht politische Beweggründe aus. In dem zur Hälfte mit Mitgliedern der rechten Szene besetzten Gerichtssaal wurde dies mit der Tatsache begründet, dass auch ein Getränkestand eines Deutschen aufgebrochen wurde. Hingegen nahm der Alkoholkonsum der Täter in dem Verfahren breiten Raum ein. Der Bützower Bürgermeister fasste nach der Urteilsbegründung gegenüber der Presse treffend zusammen, was sicher viele dachten: „Ich hätte nicht vermutet, Zeuge einer Suchtberatung zu werden.“ ■

Impressum:

PERSPEKTIVEN / Mai 2008

Hrsg.: LOBBI e.V. / Tilly Schanzen Str. 2
17033 Neubrandenburg / 0395.455 07 18
mail@lobbi-mv.de / V.i.s.d.P.: Kay Bolick

Foto: LOBBI / Aufmarsch des HEIMATBUND
POMMERN in Pasewalk im April 2005

Bitte informieren Sie uns, wenn Sie den
Rundbrief [nicht mehr] regelmäßig oder per
e-mail erhalten wollen.

Nicht mehr auf der Tagesordnung

Viel öffentliche Beachtung fand der Plan der Justizministerinnen von Sachsen-Anhalt, Brandenburg und später auch von Amtskollegin Uta-Maria Kuder aus Mecklenburg-Vorpommern, die Strafen für rechte Gewalttäter zu verschärfen. Jetzt ist es still um das Vorhaben geworden.

Im Februar 2008 sollte der Bundesrat über die Drucksache 572/07 abstimmen. Doch dann verschwand der Antrag wieder von der Tagesordnung. Wann er weiter behandelt wird, konnte das Magdeburger Justizministerium auf Nachfrage auch Ende April noch nicht genau sagen. Die Gesetzesänderung sollte härtere Strafen zur Folge haben, wenn ein „Beweggrund der Tat die politische Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder das äußere Erscheinungsbild, eine Behinderung oder die sexuelle Orientierung des Opfers ist“. Konkret sind kurze Freiheitsstrafen von unter sechs Monaten statt Geldstrafen und bei Freiheitsstrafen von über sechs Monaten regelmäßig der Verzicht auf die Aussetzung zur Bewährung geplant.

Wenig Erfolgsaussichten

Ob der Antrag überhaupt den Bundesrat passiert, ist ungewiss. Kritik gibt es aus Justiz, Politik und Rechtsextremismus-Fachkreisen. Auch die LOBBI und andere Beratungsprojekte für Betroffene rechter Gewalt können dem Gesetzesentwurf wenig abgewinnen. Dabei finden sich in der Begründung der Strafverschärfung wichtige Argumente der OpferberaterInnen wieder. So wird die „besondere Dimension des verwirklichten Unrechts“ gewürdigt, weil die Taten nicht nur auf einzelne Individuen sondern ganze Gruppen abzielen. Auch die zwangsläufige „Sensibilisierung“ von Polizei und Staatsanwaltschaften, die dann schon in den Ermittlungsverfahren mögliche Anzeichen rechter Motive von Gewalttaten festhalten müssten, wäre begrüßenswert. Aber der Abschreckungseffekt ist mehr als zweifelhaft, zumal die Gewalttäter sich vor allem durch Einstellungen aus der so genannten Mitte der Gesellschaft bestätigt fühlen. Und gerade hinsichtlich der rechten Szene ist die „heilsame“ Wirkung von Knast auf deren bereits straffällig gewordene Mitglieder gering. Zudem sind härtere Strafen, Parteien- oder Demonstrationsverbote Bestandteil einer ordnungspolitischen Strategie gegen Rechts, die zurzeit gerade in Mecklenburg-Vorpommern ausgiebig verfolgt wird. Die Erfolgsaussichten dieser Maßnahmen sind nicht nur umstritten, sie beinhalten auch den Widerspruch, mit staatlicher Autorität etwas an autoritären Mentalitäten ändern zu wollen. Auch wenn jetzt nur auf die Neonazis abgezielt wird, sind „Law and Order“-Methoden eine gesamtgesellschaftliche Einschränkung, die die Idee einer liberalen, aktiven und emanzipierten Zivilgesellschaft konterkarieren.

Vorhandene Mittel nutzen

Nicht zuletzt haben Opfer rechter Gewalt gegenüber den LOBBI-BeraterInnen noch nie den Wunsch nach Gesetzesverschärfungen geäußert. Wenn ihnen das Urteil plausibel begründet wird, das erlittene Leid eine Würdigung findet und der Kontext der Tat thematisiert wird, halten die Betroffenen die Strafzumessung in der Regel für angemessen. Anders stellt sich die Situation dar, wenn zwischen Tat und Urteil bis zu drei Jahren liegen oder die rechten Motive des Täters völlig ausgeblendet werden. Dies führt meist zu einer positiveren Sozialprognose der Angeklagten sowie milderem Urteilen und empört die Opfer. Auf die Tagesordnung muss also die Ausschöpfung vorhandener Möglichkeiten und eine Auseinandersetzung in den Gerichtssälen über Wirkungszusammenhänge rechter Einstellungen und Strukturen bei derartigen Gewalttaten. Das unterstützt die Opfer und führt praktisch dann auch zu höheren Strafen für die Täter. ■

Boizenburg / 11. Januar 2008

Rechte Jugendliche greifen am Abend drei Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren an. Sie beschimpfen ihre Opfer als „Zecken“ und verletzen sie mit einem Schlagstock. Einer der Betroffenen ist in der Vergangenheit wiederholt von Rechten bedroht worden. Der Angriff ereignet sich in der Nähe eines beliebten Jugendtreffpunkts. Dort ist es nach Aussagen alternativer Jugendlicher schon mehrfach zu Angriffen gekommen.

Bützow / 13. Januar 2008

Mindestens acht Rechte überfallen in den frühen Morgenstunden eine Geburtstagsfeier von Punks. Sie schlagen einen der Feiernden mit einer Flasche nieder und verletzen drei weitere mit Faustschlägen. Die Polizei nimmt einige Zeit später fünf der Angreifer vorläufig fest. Unter ihnen sind auch Personen, gegen die im Zusammenhang mit den rassistischen Angriffen während eines Stadtfestes im August 2007 ermittelt wird.

Ferdinandshof / 26. Januar 2008

Vier junge Männer und Frauen aus der Punkszene halten sich in einer Garage des Ortes auf, als eine Gruppe Vermummter mit Schlagstöcken in den Raum stürmt. Die Angreifer treten und schlagen auf ihre Opfer ein, zerstören Autoscheiben und rauben unter anderem ein Handy. Zwei Verletzte müssen wegen gebrochener Handgelenke, einer gebrochenen Nase, eines Schädel-Hirn-Traumas, Platzwunden und Prellungen im Krankenhaus behandelt werden. Die Opfer sind sich sicher, trotz der Maskierung Angehörige der rechten Szene erkannt zu haben. Den Betroffenen zufolge gab es schon im Vorfeld Übergriffe und Drohungen.

Neukloster / 07. Februar 2008

Eine größere Gruppe von Rechten beschimpft und provoziert Mitarbeiter und Gäste eines türkischen Bistros. Als sie versuchen NPD-Aufkleber anzubringen, kommt es zu einer körperlichen Auseinandersetzung, in deren Verlauf drei der Rechten leicht verletzt werden. In der Vergangenheit wurden bereits Scheiben des Lokals eingeworfen.

Löcknitz / 10. März 2008

In den frühen Morgenstunden werden polenfeindliche Schmierereien an der Umfriedung eines Materiallagers entdeckt. Bereits im Januar wurden bei neun Autos von in Löcknitz lebenden Polen die Scheiben eingeschlagen und Kennzeichen abgerissen. Im Februar wurden dann etliche Gebäude, das Werbeschild einer polnischen Firma und ein Auto mit polnischem Kennzeichen mit rechten Parolen beschmiert.

Neustrelitz / 15. März 2008

Nach einem Aufmarsch der NPD und der MECKLENBURGISCHEN AKTIONSFRONT wird ein Libanese zunächst von drei Mädchen angespuckt und dann von ihren jugendlichen Begleitern unter "Ausländer raus"-Rufen verfolgt. Er bittet die Rechten, ihn in Ruhe zu lassen und wehrt sich gegen körperliche Angriffe, woraufhin diese ihn mit einer Flasche bewerfen. Als der Betroffene die Polizei telefonisch um Hilfe bittet, folgen weitere Flaschen- und Steinwürfe. Erst als eine Frau, welche die Situation von einem Fenster aus beobachtet hatte, hinzukommt, lassen die Täter von dem Asylbewerber ab. Dieselben Täter stoßen am gleichen Tag auf dem jüdischen Friedhof der Stadt Grabsteine um und reißen das Eingangstor aus den Angeln.

Rechte Gewalt in den „Frontstädten“

Im Rückblick auf das Jahr 2007 bestätigt sich, was die BeraterInnen der LOBBI in ihrer Arbeit schon seit längerem beobachten: Mit Gewalt versucht die rechte Szene ihre Territorien abzustecken und baut gleichzeitig ihre Infrastruktur aus. Aktuelle Beispiele: die Städte Wismar und Rostock

„Werwölfe“ kassieren ab und schlagen zu

Wismar hat seit längerem den Ruf einer Neonazi-Hochburg und geriet in den vergangenen zwei Jahren immer wieder wegen rechter Attacken in den öffentlichen Fokus. So wurde im Jahr 2006 etwa ein togoischer Flüchtling krankenhaushausreif geprügelt. Im gleichen Jahr griffen Neonazis eine antifaschistische Demonstration mit Baseballschlägern an und konnten von der anwesenden Polizei nur durch entscherte Dienstwaffen aufgehalten werden. Zu dieser Zeit verfügte die örtliche Szene mit der „Wolfshöhle“ bereits über einen eigenen Konzert- und Veranstaltungsraum.

Im vergangenen Jahr registrierten LOBBI-MitarbeiterInnen in Wismar insgesamt 14 Angriffe. Flüchtlinge und ausländische Studierende wurden attackiert. Eine Demonstration gegen die örtliche rechte Szene wurde mit Stahlkugeln beschossen, VertreterInnen des NETZWERKS FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ wurden bedroht und angegriffen. Anzahl und Qualität der Angriffe müssen im Zusammenhang mit dem Erstarren der örtlichen Szene gesehen werden. Diese hat in der Stadt eine Infrastruktur aufgebaut, die in dieser Dichte im Bundesland einmalig ist – mit Szeneshop, Tattoostudios und Versandhandel wird Geld verdient. Ein „nationales Wohnprojekt“, eine Kneipe und Proberäume bieten weitere Treffpunkte. Entsprechend selbstbewusst präsentiert sich die Szene mit „Werwölfe Wismar“ und „Hafenfrontstadt Wismar“-T-Shirts im Stadtbild. Die Stadtverwaltung schwieg lange Zeit zu dieser Entwicklung. Auch die im letzten Jahr ins Leben gerufene Imagekampagne „Neugierig. Tolerant. Weltoffen“ vermag an den Problemen in der Stadt wenig zu verändern.

„Aus der Bewegung für die Bewegung“

Anders stellt sich die Situation in Rostock dar. Zwar existiert auch dort eine große rechte Szene, der es in den vergangenen Jahren jedoch an zentralen Treffpunkten und gemeinsamen Themen fehlte. Im Juni 2007 eröffnete dann der Shop EAST COAST CORNER. Dass es hierbei nicht nur um kommerzielle Interessen geht, sondern vor allem um eine gezielte Provokation, ist offensichtlich. Zwei altgediente Hamburger Neonazikader – Thorsten de Vries und Torben Klebe – wollen einen Treffpunkt in einem eher alternativ geprägten Stadtteil etablieren und dem zu erwartenden Protest standhalten. Dabei erhielten sie von Anfang an Hilfe von der NPD. Sie organisierte Aufmärsche zur Unterstützung, hielt eine Pressekonferenz im Laden ab und meldete eine „Mahnwache“ an. Wahlkreismitarbeiter David Petereit drohte vor dem Geschäft DemonstrantInnen mit einer Eisenstange. Schließlich eröffnete die Partei im selben Haus sogar ein Wahlkreisbüro.

Schnell erklären die Rechten Rostock zur „Frontstadt“ und machen in den folgenden Wochen und Monaten deutlich, was sie darunter verstehen. Immer wieder kommt es zu Beleidigungen, Bedrohungen und Körperverletzungen gegen AnwohnerInnen und Protestierende. Insgesamt 12 Vorfälle, die in Zusammenhang mit dem Shop stehen, wurden MitarbeiterInnen von LOBBI im zweiten Halbjahr 2007 bekannt. Einige dieser Angriffe wurden nicht zur Anzeige gebracht, da die Betroffenen in der näheren Umgebung des Ladens wohnen und Rache fürchten.

Viele andere lassen sich von den brutal agierenden Nazis jedoch nicht einschüchtern. Da der vielseitige und breit getragene Protest gegen den Laden nicht abreißt, ist nach wie vor ungewiss, ob der Shop sich etablieren kann. ■

Feindbild alternative Jugendkultur

Jugendliche, die sich für ihre Interessen stark machen und selbstverwaltete, alternative Treffpunkte betreiben, sind zentrale Akteure im Kampf gegen Rechts. Immer wieder zeigt sich, dass es gerade in Städten mit einer lebendigen und attraktiven nicht-rechten Jugendkultur möglich ist, rechte Dominanz in den Jugendkulturen zu verhindern oder zurückzudrängen. Das haben auch NPD und Kameradschaften in Mecklenburg-Vorpommern erkannt.

Neubrandenburg, April 2007: Die Kameradschaft MECKLENBURGISCHE AKTIONSFRONT versucht zum wiederholten Mal das Alternative Jugendzentrum (AJZ) als Treffpunkt der „Gewalt- und Drogenszene“ zu diffamieren. In einer Mitteilung, die auch auf der Homepage der NPD veröffentlicht wird, verbreiten die Rechten die dreiste Lüge, dass im AJZ „auf Konzerten offen Heroin gespritzt“ wird. Einen Monat später stellt der NPD-Abgeordnete Birger Lüssow in einer Anfrage im Schweriner Landtag das AJZ als Treffpunkt „militanter Krawallmacher“ dar. Er erkundigt sich nach der Höhe der Landesförderung, die es jedoch gar nicht gibt.

Pasewalk, Oktober 2007: Knapp 200 Rechte demonstrieren in der Kreisstadt unter dem Motto „Linken Chaoten entgegentreten – Staatliche Förderungen stoppen – Den Speicher in Pasewalk schließen!“. Zuvor war ihnen per einstweiliger Verfügung untersagt worden, den selbstverwalteten Jugendclub weiterhin als „Ausgangsort von Zerstörungswut und Gewalt“ zu bezeichnen.

Greifswald, März 2007: In der rechten Postille GREIFSWALDER BOTE werden mehrere alternative Kultur- und Wohnprojekte der Stadt als „polizeilich bekannte Anlaufpunkte der roten Kriminellen“ beschimpft. „Von diesen Orten gehen zumeist Straftaten aus, oder sie werden dort zumindest geplant.“ Der für die Artikel verantwortliche Enrico Hamisch, Wahlkreismitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion, muss eine Unterlassungserklärung unterschreiben, nachdem sich die betroffenen Clubs auf juristischem Weg gemeinsam gegen die verbreiteten Lügen gewehrt hatten.

Ähnliche Diffamierungsversuche richteten sich in den vergangenen Monaten auch gegen das Alternative Jugendcamp AJUCA und das Punkfestival FORCE ATTACK. Allen gemein ist folgende Grundargumentation: Die alternative Jugendkultur und ihre Treffpunkte seien „Tummelplätze krimineller Gewalttäter, Randalierer und Drogenkonsumenten“ und würden staatlicherseits großzügig gefördert, um „die volkstreue Opposition ... zu knacken“. Auch wenn solche absurden Behauptungen kaum ernst zu nehmen sind, machen sie doch die Zielsetzung deutlich: Einschüchterung und Ausgrenzung von Jugendlichen, die rechtsextreme und rassistische Einstellungen offen ablehnen und durch ihr Engagement attraktive Alternativen zur rechten Jugendkultur bieten. Dass es dabei nicht nur bei Worten bleibt, zeigen die wiederholten Anschläge auf ein alternatives Kulturprojekt in Wismar. Auf solche gefährlichen Bestrebungen müssen auch die kommunalen Verantwortungsträger reagieren. An ihnen liegt es, das Engagement der Jugendlichen zu würdigen und zu unterstützen. Denn diese haben Schlüsselfunktionen im Kampf um eine Jugendkultur, in der Diskriminierung, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit keinen Platz haben. ■

Rostock / 24. März 2008

Am Osterwochenende wird der alte jüdische Friedhof in der Innenstadt geschändet. Unbekannte besprühen eine Gedenkstele mit dem Schriftzug C-18. Das Kürzel steht für COMBAT 18, übersetzt „Kampf Adolf Hitler“, und ist der Name eines Neonazi-Netzwerkes, welches offen Terror propagiert. An einer Schule im Stadtteil Reutershagen wird der gleiche Schriftzug entdeckt, der jedoch wesentlich größer ist. Die jüdische Gemeinde der Hansestadt zeigt sich von dem Anschlag tief betroffen.

Neubrandenburg / 01. April 2008

In der Nacht werden in der Stadt über 30 mal metergroße Hakenkreuze, die Zahl 88 und SS-Runen gesprüht, unter anderem an einem Dönerimbiss und einer Baracke, in der sich Proberäume alternativer Bands befinden. Zwei Tatverdächtige, eine 19-jährige Neubrandenburgerin und ein 21-jähriger Neubrandenburger werden noch in der Nacht von der Polizei festgenommen.

Löcknitz / 20. April 2008

Mehrere Rechte greifen in einem Garagenkomplex drei Polizisten während ihres Einsatzes an und verletzen sie. Die Beamten können durch den Einsatz von Pfefferspray weitere Angriffe abwehren. Mit Hilfe eintreffender Verstärkung werden 19 Männer und 5 Frauen vorläufig festgenommen. Bei der Durchsuchung der Garage beschlagnahmt die Polizei Rechner, diverse Musik CD's, ein Hitlerbild und eine Hakenkreuzfahne.

Fünftes NPD-Büro eröffnet

Am 5. Januar 2008 hat die NPD nach Salchow, Rostock, Lübben und Ueckermünde jetzt auch in Waren/Müritz ein „Bürgerbüro“ eingerichtet. Der Rostocker Landtagsabgeordnete Birger Lüssow eröffnete den Raum über dem Szenegeschäft ZUTT'S PATRIOTENTREFF in der Mozartstraße.

Neonazis weichen aus

Der jährliche „Leistungsmarsch“ von Neonazis aus Mecklenburg-Vorpommern und anderen Bundesländern fand 2008 nicht wie geplant in Neubrandenburg statt. Über 100 Rechte wichen stattdessen am 1. März in den Landkreis Mecklenburg-Strelitz aus. Die Strecke der TeilnehmerInnen, darunter NPD-Mitglieder, führt von Klein Trebbow nach Godendorf. Vermutlich wollten die Organisatoren damit Protesten und Medien aus dem Weg gehen.

Unangemeldeter Aufmarsch

Über 50 Rechte marschierten am 15. März 2008 unangemeldet durch Neustrelitz. Damit wollten sich das Kameradschaftsnetzwerk MECKLENBURGISCHE AKTIONSFRONT und der NPD-Kreisverband nach eigenen Angaben an einer bundesweiten Kampagne „Sozial geht nur national“ beteiligen. Die Polizei gab hingegen an, dass sich der Neonazi-Aufmarsch gegen eine linke Demonstration richten sollte, die jedoch nie stattfand. Teilnehmer der Demonstration griffen später einen Flüchtling an und schändeten den jüdischen Friedhof. (siehe auch Seite 4)

Kaderschmiede - Kinderstube

Karfreitag 2008 - Im Schullandheim Tückhude im Landkreis Demmin versammeln sich etwa 30 Personen, unter ihnen viele Kinder. „Ein Familienfest zu Ostern“ wollen sie dort verbringen, wird die NPD wenige Tage später verkünden. Die Tageszeitungen im Bundesland wissen anderes zu berichten: Die Polizei wurde gerufen, weil Uniformierte im Dorf seien. Anwohner berichten von ähnlichen Treffen in den vergangenen Jahren – mit Fahnenappellen, Trommeln und Naziparolen. Nach einem harmlosen „Familienfest“ klingt das nicht. Ist es auch nicht, denn hier trifft sich die HEIMATREUE DEUTSCHE JUGEND, kurz HDJ.

„Wir brauchen Kämpfer von fanatischer Besessenheit“ (HDJ)

Die wichtigste Jugendorganisation deutscher Neonazis existiert in ihrer heutigen Form seit 2001 und ist als Verein mit dem Namen HEIMATREUE DEUTSCHE JUGEND (HDJ) – BUND ZUM SCHUTZ FÜR UMWELT, MITWELT UND HEIMAT e.V. eingetragen. Sie steht in der Tradition völkischer Jugendarbeit. Wichtigstes Vorbild ist dabei die im Jahr 1994 verbotene WIKINGJUGEND (WJ), die sich ihrerseits offen in die Tradition der Hitlerjugend stellte und seit 1952 existierte.

Auch bei den Aktivitäten der HDJ geht es vor allem um „soldatische Erziehung“ und ideologische Schulung der rechten Kader von morgen. Im Mittelpunkt stehen regelmäßige Zeltlager mit meist paramilitärischem Charakter, aber auch gemeinsame Ausflüge und Auslandsfahrten. Es werden eigene Kulturveranstaltungen mit „deutschem Liedgut“, „Heldengedenken“ und Treffen mit „Zeitzeugen“ organisiert.

Adressat solcher Angebote sind Kinder und Jugendliche von 7 bis 25 Jahren. Dabei geht es der HDJ weniger um Breitenwirkung, als viel mehr um die Ausbildung des eigenen Nachwuchses. TeilnehmerInnen von HDJ-Lagern kommen daher vor allem aus den eigenen Reihen.

Bei bundesweit organisierten Aktivitäten treffen sich bis zu 350 Personen, die sich mit Vorliebe in „Kluft“ präsentieren. Diese Uniform besteht für Mädchen und Frauen aus „Mädelbluse“ und langem blauen Rock. Männliche HDJler tragen Zimmermannshose und Grauhemd bzw. „Jungenschaftsjacke“. Ergänzt wird dies durch HDJ-Symbol und Rangabzeichen.

Das Bundesinnenministerium hat der Organisation im Herbst 2007 das Tragen von Uniformen verboten. Dies scheint deren AktivistInnen wenig zu beeindrucken. Im Gegenteil: In der HDJ Postille „Funkenflug“ gibt man sich selbstbewusst: „Wir entscheiden immer noch selbst, welche Kleidungsstücke wir tragen.“

Im „Funkenflug“ wird Klartext gesprochen. Dort wird erklärt, „dass wir unserem Deutschen Reich verschworen sind.“ Für aktuelle soziale Probleme werden Konzepte „mit Anlehnung an die erfolgreichen Maßnahmen der 1930er Jahre“ gefordert, und sich selbst sehen die HDJler als „Stachel im Fleisch der Spießler und Vaterlandsverräter.“

„Die machen sehr gute Jugendarbeit“ (Udo Pastörs)

Die HDJ ist bundesweit organisiert und gliedert sich in so genannte Einheiten. Seit Januar 2006 gibt es auch eine „Einheit Mecklenburg und Pommern“. Diese hat ihre regionalen Schwerpunkte im Raum Greifswald und im Landkreis Ludwigslust und zählt mittlerweile zu den bundesweit aktivsten Gruppen. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern fällt eine enge Verbindung zur NPD und den führenden Kameradschaftsstrukturen auf. So ist der Landesvorsitzende der NPD Stefan Köster in der HDJ aktiv. Zuvor war er Mitglied der inzwischen verbotenen WIKINGJUGEND, mit der auch der Vorsitzende der Landtagsfraktion Udo Pastörs marschierte. Der Landtagsabgeordnete Tino Müller ist ebenso Mitglied der HDJ bzw. deren Umfeld zuzurechnen wie die Landtagsmitarbeiter bzw. Wahlkreismitarbeiter David Petereit, Torgej Klingbiel, Jörg Hähnel, Michael Gielnik, Andreas Theißen, Mario Kannenberg und Michael Grewe.

Weiterhin spielen die Greifswalder Neonazis Ragnar Dam (Führer der „Einheit Mecklenburg und Pommern“), Lutz Giesen und Frank Klawitter eine wichtige Rolle. Letzterer war jahrelang beim Technischen Hilfswerk (THW) aktiv und engagiert sich heute im so genannten Technischen Dienst der HDJ, der für Aufbau und Infrastruktur der Zeltlager zuständig ist.

Sehr umtriebig ist der in Rostock lebende David Petereit. Neben seiner Rolle bei der NPD versucht er sich als Fotograf von GegendemonstrantInnen und betreibt den Versandhandel LEVENSBOOM. Außerdem ist er im Vorstand des KULTURKREISES MECKLENBURG-STRELITZ, zeichnet für das Kameradschaftsbündnis MECKLENBURGISCHE AKTIONSFRONT verantwortlich und ist an der Organisation des seit mittlerweile fünf Jahren stattfindenden „Tollensemarsches“ beteiligt. An dieser 40 Kilometer langen Wanderung nimmt auch die HDJ teil. Im vergangenen Jahr wurde unter anderem die „Bundesmädführerin“ Holle Böhm aus Brandenburg unter den TeilnehmerInnen gesichtet.

Gemeinsame Aktivitäten verbinden die HDJ auch mit dem Kameradschaftsnetzwerk SOZIALES UND NATIONALES BÜNDNIS POMMERN (SNBP) und dem HEIMATBUND POMMERN (HbP). So führten HDJ und HbP bereits im Jahr 2005 ein gemeinsames Osterlager durch. Mitglieder von SNBP und HDJ reisten im Sommer 2006 gemeinsam nach Schweden, um sich dort mit skandinavischen Neonazis zu treffen. Und wieder mit dabei: Holle Böhm und David Petereit.

„Die Kinder sollen am Ende Neonazis werden. Das darf nicht sein.“
(Prof. Frankenberg)

Für viele BeobachterInnen ist die HDJ momentan eine der gefährlichsten Neonazigruppierungen der BRD. Sie arbeitet nach dem Führerprinzip, orientiert sich eindeutig an der verbotenen WIKINGJUGEND und ist ihren Inhalten nach rassistisch, antisemitisch, antimodern und per se nationalsozialistisch.

Besonders bedrohlich erscheint die „Erziehungsarbeit“ der HDJ jedoch, „weil sie zugreift auf die Seele von Kindern und Jugendlichen...“, so Professor Günter Frankenberg in einem Beitrag des Fernsehmagazins PANORAMA. In dieser braunen Parallelwelt werden Kinder und Jugendliche geschult und gedreht. Aus ihnen sollen die rechten Kader von morgen werden. Deshalb werden sie zu „aggressiven Kämpfern...“ erzogen, so der Rechtswissenschaftler.

Es ist unbegreiflich, warum diese Organisation so lange nahezu ungestört agieren konnte. Langsam scheint es in der Politik ein Umdenken zu geben. Stimmen nach einem Verbot des Vereins werden laut. Sicher wäre ein solches Verbot geeignet, die Aktivitäten der HDJ zu unterbinden.

Es greift jedoch zu kurz, die Organisation vordergründig als ordnungspolitisches Problem wahrzunehmen. Nicht verboten ist eben keineswegs gleichzusetzen mit nicht gefährlich. Vielmehr gilt es immer wieder über die gefährlichen Ziele der HDJ und ihrer Kader aufzuklären und sie nicht weiterhin unbeobachtet agieren zu lassen.

Breiter gesellschaftlicher Protest gegen diese Neonazigruppierung ist dringend geboten. Da erscheint es wenig hilfreich, wenn die Polizei im Zusammenhang mit dem Osterlager in Tückhude lediglich mitteilt, dass sie „eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung ausschließen“ konnte. Denn in solchen Lagern werden Menschen dafür geschult, das „System abzuschaffen“ und durch einen „freien deutschen Volksstaat“ zu ersetzen. ■

Verbotene Organisation
fortgeführt

Zusammen mit vier weiteren Neonazis wurde am 12. März 2008 eine Rostockerin am Amtsgericht Halle wegen Fortführung einer verbotenen Organisation verurteilt. Gemeinsam hatten die Angeklagten nach dem Verbot der deutschen Sektion von BLOOD & HONOUR im September 2000 weiter in deren Strukturen gearbeitet und noch im Herbst 2001 Konzerte organisiert.

BLOOD & HONOUR (deutsch: Blut und Ehre) ist ein in Nordamerika und Europa verbreitetes Neonazinetzwerk, das über Musik nationalsozialistische Ideologie propagiert. Die Rostocker Aktivistin, die im Stadtteil Warnemünde lange Zeit ein Dentallabor betrieben hat, wurde zu einer Geldstrafe von 75 Tagessätzen à 25 Euro verurteilt.

Rechtsrock-Konzerte aufgelöst
Die Polizei hat in den Landkreisen Uecker-Randow und Mecklenburg-Strelitz rechte Musikveranstaltungen beendet. In Ferdinandshof hatten sich am 2. Februar 2008 in einem Garagenkomplex zwei rechte Bands und etwa 60 Anhänger der Szene angeblich zu einer privaten Geburtstagsfeier versammelt. In Friedland wollten sich etwa 50 Rechte am 5. April 2008 in einem Billard-Café zu einem Konzert treffen.

Dieser Artikel basiert in erster Linie auf Informationen aus dem Buch von Andrea Röpke. „Ferien im Führerbunker – Die neonazistische Kindererziehung der „Heimatreuen Deutschen Jugend (HDJ)“; zu bestellen unter www.arug.de.

Die LOBBI organisiert mit Kooperationspartnern eine Vortragsreihe mit der Autorin und Politologin

Vor Ort

Die LOBBI ist mit einem Informations- und Büchertisch bei mehreren Veranstaltungen vor Ort. Unter anderem beim Rock gegen Rechts in Stralsund am 3. Mai und bei der Aktionswoche gegen Rechts der Sparkasse Vorpommern am 28. Mai in Greifswald. Außerdem unterstützt der Verein das Alternative Jugendcamp (AJUCA) in der zweiten Augustwoche in Lärz.

Aktuelles, weitergehende Hintergrundinformationen, Beratungsangebote und mehr finden Sie auf:

www.lobbi-mv.de

Rückblick 2007

Im vergangenen Jahr dokumentierte die LOBBI 79 rechte Angriffe in Mecklenburg-Vorpommern. Darunter fallen 36 Körperverletzungen, 27 versuchte Körperverletzungen, Nötigungen und schwerwiegende Bedrohungen sowie 16 Sachbeschädigungen, die sich zielgerichtet gegen Personen richteten. Mindestens 219 Menschen waren im vergangenen Jahr von den Attacken betroffen. Die Hauptopfergruppen waren MigrantenInnen, alternative Jugendliche und politisch Aktive. Der größte Teil dieser Angriffe fand im öffentlichen Raum statt.

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der LOBBI haben im vergangenen Jahr 140 Menschen unterstützt. In der Regel wurden die direkt Betroffenen beraten, aber auch Zeuginnen, Angehörige und FreundInnen. Die Beratenen sind meist zwischen 18 und 27 Jahren alt und über sechzig Prozent sind Jungen und Männer. In vielen Fällen haben sich die Betroffenen selbst bei den Regionalbüros gemeldet oder wurden über Kooperationspartner vermittelt. Dennoch nahm auch die Recherche in Medien oder vor Ort, um Betroffenen das Beratungsangebot zu unterbreiten, einen großen Raum ein. In diesen Fällen wurde das Beratungsangebot fast immer in Anspruch genommen. Hauptunterstützungsfelder sind die psychosoziale Beratung sowie die Begleitung in den teilweise belastenden und langwierigen Ermittlungs- und Gerichtsverfahren. ■

BERATEN
STÄRKEN
INFORMIEREN

Die LOBBI berät nach rechten Angriffen Betroffene, Angehörige oder ZeugInnen. Wir unterstützen u.a. bei rechtlichen, finanziellen und psychischen Fragen. Das Angebot ist aufsuchend, freiwillig, kostenlos und auf Wunsch anonym. Eine Anzeige bei der Polizei ist keine Bedingung. Die LOBBI unterstützt die Selbstorganisation von Betroffenenengruppen und fördert die Wahrnehmung von Opferperspektiven in der Öffentlichkeit.

Sind Sie selbst von rechter Gewalt betroffen? Haben Sie Angriffe beobachtet oder davon gehört? **Ihre Mitteilung kann helfen** den Betroffenen unser Unterstützungsangebot zu unterbreiten. Außerdem können wir so das Ausmaß dieser Attacken dokumentieren.

Sie können unsere Arbeit durch **Ihre Spende** fördern. Spenden sind steuerlich absetzbar. Eine entsprechende Bescheinigung stellen wir Ihnen gerne aus.

LOBBI

Landesweite Opferberatung
Beistand und Information
für Betroffene rechter Gewalt
in Mecklenburg-Vorpommern

Unsere Regionalbüros:



LOBBI West
Hermannstraße 35
18055 Rostock
Mobil: 0170 528 2997
Telefon: 0381.200 93 77
Fax: 0381.200 93 78
west@lobbi-mv.de

LOBBI Ost
Tilly-Schanzen-Strasse 2
17033 Neubrandenburg
Mobil: 0160.8442189
Telefon: 0395.4550718
Fax: 0395.4550720
ost@lobbi-mv.de

Unser Spendenkonto:

LOBBI
Ostseesparkasse Rostock
Kontonr.: 205 040 594
BLZ: 130 50 000

LOBBI wird gefördert durch:

**Mecklenburg
Vorpommern**
Ministerium für Soziales
und Gesundheit

